



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831 - 33  
Fernschreiber 0881501

P/XIV/2 - 3. Januar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Der "christliche" Arbeiterkongreß Ausdruck wachsender Unruhe	69
3 - 4	Verschleuderung von Volksvermögen Von unserem Korrespondenten Karl Frante, Wien	70
5 - 6	Freiheit, die sie meinen ... Gilt das Grundgesetz nicht für Kriegsdienstverweigerer?	61
7	SED auf internationaler Parkett Pankow wird ein ernstzunehmender Konkurrent	54

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

3. Januar 1959

### Der "christliche" Arbeiterkongreß

rd - Er hat sich wohl doch nicht vermeiden lassen, der "christliche Arbeiterkongreß, zu dessen Vorbereitung die katholische und evangelische Arbeiterbewegung, die katholische und evangelische Arbeiterjugend, die Kolping-Familie und die Sozialausschüsse der CDU in den ersten Januartagen Beratungen pflegen. Voraussichtlich soll er nun im Herbst stattfinden. Bemerkenswert ist, daß an dieser vorbereitenden Sitzung die CGD - die Christlichen Gewerkschaften - und die "Christliche Kollegenschaft" nicht teilnehmen und daß der Kongreß zu einem Zeitpunkt stattfinden soll, an dem keine Wahlen vor der Tür stehen. Das läßt darauf schließen, daß der ursprüngliche Grund für die Einberufung eines solchen christlichen Arbeiterkongresses, den Karl Arnold und nach ihm Theodor Blank gesetzt hatten, in den Hintergrund getreten ist. Sie hatten bekanntlich vor und nach den Bundestagswahlen und den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen damit gedroht, auf diesem Arbeiterkongreß die Gewerkschaftsfrage aufrollen zu wollen.

Auf den Tagungen der christlichen Landesorganisationen hat sich insbesondere nach dem CDU-Parteitag in Kiel und nach den Erklärungen D.Dr. Eugen Gerstenmaiers, die Grenzen des sozialen Rechtsstaates seien in der Bundesrepublik erreicht, wachsende Unruhe bemerkbar gemacht. Die Forderungen des Bundessozial- und Arbeitsministers, zum Beispiel in der Frage der Selbstkostambeteiligung der Krankenversicherten, seine Erklärungen zur Frage der Kriegsveteranen-, Witwen- und Waisenrenten, seine Vorstellungen zur Reform der Unfallversicherung usw. haben die Unruhe in christlichen Arbeitnehmerkreisen weiter verstärkt. Es ist anzunehmen, daß hier eher als etwa in der Gewerkschaftsfrage die Ursachen dafür zu suchen sind, daß auf einem christlichen Arbeitnehmerkongreß die Stellung dieser Arbeitnehmer in der CDU überprüft werden soll.

Wiederholt war auf den Tagungen der Landesorganisationen die Klage zu hören, daß sich das Arbeitnehmerelement in der Parteiführung und in der Fraktion der CDU ungenügend berücksichtigt sieht und Anlaß nehmen will, die Stellung der Arbeitnehmer zur Politik dieser Partei und zu ihren Institutionen zu überprüfen.

Sicher wird der Parteivorsitzende und Bundeskanzler und werden die Unternehmerkreise in der CDU und ihrer Bundestagsfraktion, wie schon auf

3. Januar 1959

vielen Kongressen der Landesorganisationen so auch auf dieser vorbereitenden Tagung und dem Arbeiterkongreß selbst - wenn er stattfinden sollte - den Versuch unternehmen, den wachsenden Konflikt in der Partei nach außen zu verdecken. Für diesen Zweck gibt es für sie kaum ein günstigeres Motiv, als den politischen Lademüller: die konfessionelle Intoleranz und den angeblichen Mißbrauch der Neutralität der Gewerkschaften wieder in den Vordergrund zu schieben. Obgleich es bisher der CDU nicht gelungen ist, auch nur in einem einzigen Fall solcher konfessioneller Intoleranz zu präsentieren und obgleich allerseits bekannt ist, daß man immer wieder den Begriff der parteipolitischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften in den der parteipolitischen Neutralität umfälscht, ist es doch dem Kanzler und Parteiführer und seinem Unternehmerflügel immer wieder gelungen, durch Appelle an die konfessionelle und politische Disziplin die sozialen Risse zu überdecken.

Inzwischen hat aber selbst der Parteiführer Adenauer, zumindest in der Terminologie, dem Arbeitnehmerflügel seiner Partei Konzessionen machen müssen. Auch er sprach von der Gefahr der Machtkonzentration in unserer Wirtschaft und Erhard warnte vor ihren sozialen Konsequenzen. Neben diesen sozialen Konsequenzen, die sich in den bereits oben zitierten Gesetzesvorstellungen des Bundesarbeitsministers ausdrücken, gibt es auch noch viele unerfüllte Versprechen an die Arbeitnehmer dieser christlichen Partei. Da ist die Frage des Miteigentums, die seit Jahren auf dem Programm steht und bisher zu keinerlei politischen Konsequenzen geführt hat, die Frage der Familienvorsorge, das Kindergeld, die selbst Würmerling zwang, mit seinem Rücktritt zu drohen und vieles andere mehr.

Es steht daher zu erwarten, daß es diesmal dem Kanzler und seinen ungeren Freunden von der Industrie schwerer fallen dürfte, den sozialen Riss in seiner Partei zu überdecken. Es dürfte ihr auch schwerer fallen, die Arbeitnehmer gegen die Gewerkschaften aufzubringen, zumal auch den CDU-Anhängern unter den Arbeitnehmern immer stärker bewußt wird, wie sehr auch ihre soziale Sicherheit und die Verteidigung ihrer Interessen gegenüber einer einseitigen, besitzstandsfördernden CDU-Politik von starken einheitlichen Gewerkschaften abhängig ist. Der Mißerfolg der christlichen Gewerkschaften dürfte auch Adenauer bewiesen haben, daß es ihm nie mehr gelingen wird, die Gewerkschaften zu spalten.

### Verschleuderung von Volksvermögen

Von unserem Wiener Korrespondenten Karl Franta

Der Generaldirektor der Donau-Versicherungsgesellschaft, einer der grössten Versicherungsunternehmungen Österreichs, Johann Schwabl, 62, nahm kürzlich eine Wäscheleine mit ins Büro und erhängte sich damit. Durch diese grausige Tat flog ein Skandal auf, der neuerdings schlaglichtartig das Bestreben der Österreichischen Volkspartei beleuchtete, österreichisches Volksvermögen ins Ausland zu verschleudern.

Die Donau-Versicherungsgesellschaft war ehemaliges deutsches Eigentum und fiel auf Grund des Staatsvertrages in die treuhänderische Verwaltung Österreichs. Durch eine Vereinbarung mit Frankreich wurden zwei Drittel der Aktien dieser Gesellschaft als Ersatz für an Österreich übertragene Besitzanteile in der Erdölindustrie einer französischen Kapitalgesellschaft übereignet - ein durchaus korrekter Vorgang. Der Vicepräsident dieser französischen Kapitalgesellschaft, Georges Georgini-Schiff, verkaufte die Anteile für 63 Millionen Schilling an die Wiener Städtische Versicherung, einen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Wien. Der Vertrag wurde von der österreichischen Regierung und vom Hauptausschuss des Nationalrates gutgeheissen.

Als bald entdeckte Herr Schiff, dass die Schweizer Versicherungsgesellschaft "Zürich" für die Aktien noch mehr bezahlt hätte und verkaufte sie daher mit beneidenswerter Unbekümmertheit ein zweites Mal, und zwar an diese Gesellschaft. Aktienübertragungen an Ausländer bedürfen aber in Österreich der Genehmigung durch die Nationalbank. Der sozialistische Generaldirektor der Wiener Städtischen Versicherung Norbert Liebermann, 77, wandte sich mit einer vom Gericht erwirkten einstweiligen Verfügung an die Nationalbank um Hilfe. Das unter ÖVP-Einfluss stehende Direktorium der Nationalbank erliess jedoch eine Kundmachung mit rückwirkender Kraft, wonach die Genehmigung für Aktienübertragungen an Ausländer generell erteilt wird, und sanktionierte solcherart die betrügerischen Machinationen zum Schaden Österreichs.

Alljährlich werden nunmehr allein dadurch etwa 15 Millionen Schilling in Form von Rückversicherungsprämien und Dividenden in die benachbarte Schweiz fliessen, sofern nicht doch noch auf gerichtlichen Wege eine andere Regelung erfolgt. In dem bereits schwebenden Gerichtsverfahren sollte der Donau-Generaldirektor Schwabl als Zeuge aussagen. Dem Gewissenskonflikt und der Existenzbedrohung wich er durch den Selbstmord aus, wobei gewiss auch andere, nämlich gesundheitliche und persönliche Motive eine Rolle gespielt haben mögen.

Am gleichen Tag, an dem er sich erhängte, sassen in Bundeskanzleramt zwei harte Rivalen einander unter vier Augen gegenüber, um sich über verschiedene schwebende Fragen einig zu werden: Bundeskanzler Ing. Julius Raab, 67, und der sozialistische Vizekanzler Dr.-Dr. Bruno Pittermann, 53. Einer der zahlreichen Punkte, über die sie sich nicht einigen konnten, war die von der ÖVP verlangte verstärkte Einschaltung ausländischer Ölfirmen in die österreichische Erdölwirtschaft. Der Bundeskanzler und ÖVP-Obmann Raab wollte die anglo-amerikanischen Gesellschaften an der gegenwärtig in Schwechat bei Wien im Bau befindlichen Grossraffinerie beteiligen, wie es die Vertreter dieser Gesellschaften gefordert hatten. Der SPÖ-Vorsitzende Pittermann lehnte es ab, die vom Staat verwaltete österreichische Erdölwirtschaft auf solche Weise an das westliche Kapital noch mehr auszuliefern.

Den Ausgangspunkt dieser immer bedenklicher werdenden Entwicklung bilden zwei sogenannte "Memoranden", die als Preis für den österreichischen Staatsvertrag von den Grossmächten dem kleinen Österreich abgepresst wurden: das Moskauer Memorandum vom 15. April 1955 über Reparationszahlungen an die Sowjetunion und das Wiener Memorandum vom 10. Mai 1955 über die Rückgabe der als deutsches Eigentum von den Russen beschlagnahmten westlichen Eigentumsrechte, insbesondere am Erdöl und den entsprechenden Anlagen. Nachdem eine Raffinerie an die westlichen Eigentümer zurückgegeben werden musste, begann man mit dem Bau einer neuen, grösseren und moderneren, die nach dem Plan der ÖVP gemäss einer sehr weitherzigen Auslegung des Wiener Memorandums nun ebenfalls, wenigstens zum Teil, dem westlichen Ölkapital ausgeliefert werden soll, wogegen sich die Sozialisten heftig zur Wehr setzen.

Die kommunistische Presse, die einst zur rücksichtslosen Ausbeutung des österreichischen Erdöls durch die Russen diskret geschwiegen hatte, trug als einzige etwas zur Erheiterung bei, indem sie mit mehr als zehnjähriger Verspätung verkündete: "Das österreichische Erdöl muss österreichisch bleiben!" + + +

Freiheit, die sie meinen ...

W.H. - Wie weit es mit der Freiheit des Staatsbürgers in der Bundesrepublik ist, hat sich ausreichend in all den Jahren unserer noch taufrischen Demokratie gezeigt. Dabei muß allerdings gesagt werden, daß nicht alle Zeichen zu reiner Freude Anlaß gaben. Das jüngste Beispiel inwärtiger Intoleranz spielte sich in Düsseldorf und in Detmold ab ...

Es gibt einen ehrenwerten Mann namens Wilhelm Keller, Dozent an der Nordwestdeutschen Musik-Akademie. Sein Name ging kürzlich durch die gesamte Presse, denn er hatte sich als Vorsitzender des Verbandes der deutschen Kriegsdienstverweigerer an den französischen Staatspräsidenten mit der Bitte gewandt, die inhaftierten Franzosen gleicher pazifischer Gesinnung freizulassen. Sein Brief wurde auch in Frankreichs Zeitungen stark beachtet.

Dozent Wilhelm Keller hat sich zu dieser Aktion entschlossen, obwohl er kurz zuvor erst kennenlernte, wie man beispielsweise im BFW-Kultusministerium über seine ehrenamtliche Tätigkeit denkt und wie man im Stillen und Verborgenen gegen ihn arbeitet. Keller hatte im Oktober 1958 eine Einladung in das Landesministerium bekommen. Der Personalreferent wollte Rücksprache mit ihm nehmen, hieß es.

Ahnungslos fuhr der schwerkriegsbeschädigte Musik-Dozent nach Düsseldorf. Er war nach kurzer Zeit geradezu verblüfft: Sein Gastgeber, der Personalreferent, kritisierte seine "Freizeit-Beschäftigung". Das Ministerium, so wurde ihm bedeutet, sei nicht entsetzt vor seinen Reden, überhaupt nicht von seiner vielen Versammlungen.

Der Musik-Dozent verbat sich die Einmischung. Er berief sich auf das Grundgesetz. Da rief ihm der Personalreferent, im Range eines Oberregierungsrates, zu: "Sie sind Österreicher!"

Das Verfahren wegen der staatsbürgerlichen Mängelbildung Kellers läuft seit einiger Zeit schon, aber unabhängig davon wollte Keller jetzt wissen, ob denn Österreicher sich nicht auf das elementare Gesetz der Freiheit berufen könnten. Auch das wurde dem Mann aus Detmold verübelt. Sinngemäß erklärte der Oberregierungsrat bei Schluß des Gesprächs: Man müsse sich überlegen, inwieweit er, Keller, noch tragbar

sei! Weil dies fast einer Kündigung gleichkam, protestierte der Musik-Dozent sofort: "Sie können mich nicht entlassen. Ich habe einen Vertrag bis 1961".

Nach Detroit heimgekehrt, überlegte sich der Vorsitzende des Verbandes für Kriegsdienstverweigerer den Weg der Beschwerde. Der Direktor der Nordwestdeutschen Musik-Akademie stand seinem Dozenten bei und beschwerte sich seinerseits bei der Landesregierung in Düsseldorf. Gegen Ende des Jahres kam die Antwort, man entschuldigte sich formell.

Wie es aber scheint, ist damit der Fall keineswegs erledigt. Jetzt läuft nämlich die stille Aktion, eine Aktion, von der man nicht weiß, ob sie nicht schon Jahre zuvor im Gange war. Die politische Polizei, der Verfassungsschutz, interessiert sich für alle Versammlungstermine. Die Reden des Vorsitzenden Keller werden auf Gehalt und Gesinnung geprüft. Dabei ist nicht geklärt, wer der eigentliche Auftraggeber ist, ob Düsseldorf oder Bonn. In jedem Fall aber scheint es so gut wie sicher, daß alle pazifistischen Bewegungen in der Bundesrepublik heute bereits wieder unter regelmäßiger Beobachtung stehen.

+ + +

#### "Wer ist wer?"

sp - Im Arani-Verlag, Berlin-Grunewald, ist eine Neuauflage des bekannten "Wer ist wer?" mit 17 000 Namen erschienen, das insbesondere die Namen der Bundestagsabgeordneten und der Landtagsabgeordneten einiger der letzten Landtagswahlen nachträgt. Das Buch, die 23. Auflage des früheren "Wer ist's?", braucht keine Einführung, sondern es genügt der Hinweis auf eine erschienene Neuauflage, um die Kundigen zu verständigen. Mit 17 000 Namen auf rund 1 400 Seiten enthält das Buch Aufschluß über nahezu alle maßgeblichen Persönlichkeiten im deutschen öffentlichen Leben, in Ost und West. Die 23. Auflage wird genau so unentbehrlich wie die 22. sein.

+ + +

### SED auf internationalem Parkett

-ck. Pankow will ins internationale Spiel kommen. Die Herren auf der Kommando-Brücke des SED-Staates haben keinen ernstlicheren Wunsch als den nach Anerkennung. Und er wird mit zusätzlicher Energie und Zielstrebigkeit vorwärtsgetrieben. Wie sehr oder wie wenig erfolgreich dabei Pankow ist, wird das neue Jahr zeigen."

Zu Jahresbeginn fuhr Grotewohl nach Kairo, Bagdad und Neu-Delhi. Es besteht kein Zweifel daran, dass die führenden Leute in diesen Ländern den sowjetzonalen Ministerpräsidenten empfangen werden. Auch Nehru! Und es werden mehr als Höflichkeitsgespräche sein, die man mit Grotewohl führt, sehr zum Kummer der Bundesregierung.

In besonderer Masse will sich die DDR ihre Respektierung durch Indien abtrotzen. Seit langen rühren die Beauftragten Pankows in diesem Staat, der soviel Gewicht in der internationalen Politik hat, die Werbetrommeln. Riesensummen werden verausgabt, um die öffentliche Meinung Indiens zu beeinflussen, die DDR macht Propaganda für sich in ganzseitigen Werbeanzeigen indischer Blätter, zonale Wirtschaftsleute sitzen zähe indischen Politikern und Ökonomen mit Handelsofferten im Nacken. Die Botschaft der Bundesrepublik in Indien muss täglich zu neuem Spurt ansetzen, um in diesem Rennen um die Gunst des wichtigen Landes nicht um eine Nasenlänge zurückzufallen.

Grotewohls Reise nach Neu-Delhi ist so etwas wie ein Test. Haben die Anstrengungen der Pankower Vorarbeiter die erwünschten Früchte getragen? Kommt die diplomatische Anerkennung der DDR? Wir wissen nicht, was die Indier tun werden. Sicher schreckt sie das jugoslawische Beispiel. Belgrad hat für Pankow Born geopfert und man weiss, wie wenig glücklich es dabei ist. Andererseits sieht es so aus, als ob Indien sehr viel an dem mitteldeutschen Wirtschaftspartner liegt und das nicht verschmupft werden darf.

Für die Bundesregierung, die das Treffen Nehru-Grotewohl keineswegs so sehr auf die leichte Schulter nimmt, wie sie nach aussen hin tut, ist der Pankower Run in die Entwicklungsländer Grund zu ernster Sorge. Man ist sich keineswegs so sicher, dass Neu-Delhi auf die Dauer die Alternative "entweder wir oder Pankow" schrecken wird. Sicher ist nur, dass sich Bonn den Verzicht auf Beziehungen zu Indien nicht leisten kann.

Die Zeiten, da man leichtem Herzens das Regime in Ostberlin ignorieren konnte, sind vorbei. Ob es uns gefällt oder nicht: das von Kroll zähe ausgehaltene Zonenregime befindet sich in einer Periode der Stabilisierung und gewinnt, was das Wirtschaftliche angeht, im internationalen Raum an Gewicht. Als Ulbricht in Polen war, überraschte das Entgegenkommen der Polen. Wenngleich auch keine grossen Sympathien für den Stalinisten aus Ostberlin vorhanden sind - er ist gegen das private "fluerliche" Wirtschaften, gegen den Einfluss "westlicher Intellektueller", gegen Rock'n Roll, gegen freie Universitäten -, so richtet man sich doch mit den Realitäten ein. Aussarden weiss Ulbricht trefflich die Ängste der Polen vor einem atomgerüsteten Westdeutschland zu aktivieren!

Was tun? Die Bundesregierung muss die äussersten Anstrengungen machen, um in Indien ihre bevorzugte Position zu halten - und in Polen eine neue zu gewinnen. Jedenfalls muss sie ihre Anerkennungs-Grundsätze neu überprüfen, denn sie ist es, der der Wind ins Gesicht bläst. Pankow aus dem internationalen Spiel herauszuhalten wird immer schwieriger. Mehr kommt es heute darauf an, dass der Westen die besseren Karten behält und die Möglichkeit, sie auch auszuspielen. + + +